

Liberia:

**Bürgerkrieg
und regionale Krisenlösung**

Erste Studienarbeit
im Studiengang Politikwissenschaften
an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Gutachter: Prof. Dr. Reimund Seidelmann

vorgelegt von

Johannes Herrmann
Eichendorffring 115/516
35394 Gießen
(5. Semester)

am 11.1.1999

Gliederung

| | | |
|-----|--|----|
| 1. | Einleitung | 1 |
| 2. | Geschichte Liberias bis 1989 | 2 |
| 3. | Die Krisenbedingungen im einzelnen | 4 |
| 3.1 | Ethnische Heterogenität | 4 |
| 3.2 | Weltmarktabhängigkeit | 5 |
| 3.3 | Verschuldungskrise | 7 |
| 3.4 | Strukturelle Schwäche des Staates | 10 |
| 3.5 | Liberia im Ost- West- Konflikt | 14 |
| 3.6 | Bewertung der verschiedenen Krisenursachen | 15 |
| 4. | Verlauf des Bürgerkriegs in Liberia | 16 |
| 4.1 | Die ersten Kriegsmonate | 16 |
| 4.2 | Internationale Allianzen und Konfrontationslinien | 17 |
| a) | Nigeria, Gambia, Guinea und Sierra Leone | 17 |
| b) | Ghana | 18 |
| c) | Libyen, Côte d'Ivoire, Burkina Faso u.a. frankophone Staaten | 19 |
| d) | Senegal, USA | 21 |
| e) | OAU, UN | 22 |
| f) | Internationale Firmen, Europa | 23 |
| 4.3 | Der weitere Kriegsverlauf | 24 |
| 5. | Bewertung des ECOMOG-Einsatzes | 27 |
| 6. | Ausblick | 33 |

Anhang: Literaturverzeichnis

1. Einleitung

Der Bürgerkrieg in Liberia scheint bei allen westafrikanischen Besonderheiten und ungeachtet der extremen Unterschiede zwischen Entwicklungsländern sehr gut geeignet, verschiedene Krisen und ihr Zusammenwirken beispielhaft darzustellen. Ethnische Auseinandersetzungen lassen sich am Beispiel Liberias analysieren, wobei ich religiöse Konflikte und in diesem Zusammenhang z.B. die Rolle der mehrheitlich muslimischen Mandingo ausklammere, weil ich sie grundsätzlich als sekundär und für Liberia als unbedeutend ansehe. Liberia ist weiter ein Beispiel für ein weltmarktabhängiges Rohstoffland mit typischen Verschuldungsproblemen, die entscheidende Krisenvoraussetzungen waren und sich als Entwicklungshemmnis erwiesen. Das Problem der strukturellen Schwäche des Staates aufgrund klientelistischer Organisation kann kaum deutlicher dargestellt werden als an seinem Beispiel. Auch das Fehlen einer typischen kolonialen Vergangenheit fällt nicht ins Gewicht: die Americo-Liberianer übernahmen mit Unterstützung der USA von Anfang an die Rolle von Kolonialherren, so daß Liberia sich von der Staatsgründung an im Zustand des internen Kolonialismus befand.

Auf die Betrachtung anderer Faktoren, die als wichtige Entwicklungshemmnisse in den Staaten der Dritten Welt eine Rolle spielen, gehe ich gar nicht oder nur sehr am Rande ein: Bevölkerungswachstum, Verstädterung, Flüchtlingsströme, ökologische Krisen und Geschlechterverhältnis sind trotz ihrer weltpolitisch herausragenden Brisanz für den liberianischen Bürgerkrieg weniger wichtige Ursachen.

Für die Überwindung von Krisen gewinnen regionale Krisenlösungsstrategien seit dem Ende des Kalten Krieges eine immer größere Bedeutung aufgrund der deutlichen weltweiten Regionalisierungstendenzen. In Afrika gewonnene Erfahrungen können auch für andere Regionen Hinweise geben auf Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren regionaler Krisenlösungsstrategien. Nach Betrachtung und Bewertung der Krisenursachen will diese Arbeit deshalb vor allem die regionale Komponente des liberianischen Bürgerkrieges herausarbeiten.

2. Geschichte Liberias bis 1989

Die Sklavenbefreiung in den USA des beginnenden 19. Jh. führte zu einer Wiederansiedlung ehemaliger Sklaven in Afrika. Zu diesem Zweck gründeten sich staatlich geförderte Kolonisationsgesellschaften, die um 1820 mit der Gründung von Kolonien an der Küste des heutigen Liberia begannen. Die Kolonien orientierten sich anfangs an den Absatzmöglichkeiten auf dem US-amerikanischen Markt und produzierten vor allem Kaffee und Palmkerne für den Export. 1839 schlossen sich die meisten der Siedlerkolonien zum Commonwealth of Liberia zusammen; 1847 erklärten sie ihre Unabhängigkeit.

Liberia war zeitweise sehr interessant für die europäischen Mächte, deren Versuche, in Liberia Fuß zu fassen, aber von den Vereinigten Staaten verhindert wurden. In den 20er Jahren verhinderten diese während einer besonders heftigen Finanzkrise ein britisches oder französisches Engagement durch Etablierung einer riesigen Kautschukplantage des amerikanischen Reifenherstellers Harvey Firestone, die die britische Vormachtstellung im Gummigeschäft brechen sollte. Versuche von Hitlerdeutschland, das 1938 mit Liberia in Verhandlung um die Ausbeutung der Eisenerzvorräte des Landes trat, scheiterten ebenfalls an der Intervention der USA, die Liberia während des Zweiten Weltkrieges zu einem Umschlagort für Truppen der Alliierten machten. (*Kramer 1995*)

Die aus den USA eingewanderten ehemaligen Sklaven und ihre Nachkommen, die „Americo-Liberianer“, besaßen von Anfang an die Schlüsselpositionen im Handel zwischen autochthoner Bevölkerung und anfangs den USA, später auch der anderen Weltmächte. Sie etablierten einen amerikanischen Lebensstil, diskriminierten die Angehörigen der ursprünglichen Gesellschaften mit kolonialähnlichen Methoden und herrschten als Minderheit von ca. 3 % der Bevölkerung in einem Einparteiensystem bis zum Militärputsch von 1980. (*Kappel/Korte 1993: 279 f.*) Ihre uneingeschränkte ökonomische und politische Vormachtstellung begünstigte die Entstehung von Korruption, Klientelismus und extremen Einkommensunterschieden innerhalb des Landes. Die Ökonomie des Landes konzentrierte sich auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten (v.a. Kautschuk, etwas Kaffee, Kakao und Ananas) und von Eisenerz, des-

sen Abbau seit den 60er Jahren zum dominierenden Wirtschaftsfaktor geworden ist. (*Kappel/Korte* 1993: 280) Die exportorientierten Firmen gehörten transnationalen Konzernen an und ließen die in Liberia geschaffenen Gewinne und Einkünfte zum großen Teil ins Ausland fließen. (*Kappel/Korte* 1993: 286) Abgesehen von der kleinen Schicht der Staatsoligarchie und der relativ wenigen Arbeiter konnte die große Mehrheit der Bevölkerung nicht von ihnen profitieren. Sie lebte von der landwirtschaftlichen Produktion von vor allem Reis und Maniok, die überwiegend zur Subsistenz angebaut wurden und spätestens seit den 70er Jahren nicht mehr zur Deckung des liberianischen Nahrungsmittelbedarfs ausreichten. Ein relativ hohes jährliches Bevölkerungswachstum von 3,5 % in den 80er Jahren (*StBA* 1989: 19) und die permanente Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Erwerbswirtschaft durch den Staat und zugunsten von Plantagenbesitzern führte zu Landflucht und sozialen Problemen in den rasch wachsenden Städten.

Die Bevölkerung Liberias betrug 1990 um 2,6 Millionen bei einer Staatsfläche von der Größe der ehemaligen DDR. (*Kappel/Korte* 1993: 278)

Die Abhängigkeit der Wirtschaft Liberias vom Weltmarkt zeigte ihre katastrophalen Auswirkungen seit Mitte der 70er Jahre mit dem Beginn einer weltweiten Rezession, durch die weltweit die rohstoffexportierenden Länder besonders heftig getroffen wurden. (*Mutter* 1993: 120) Unruhen in der Bevölkerung konnten zunächst unterdrückt werden, bis sich 1980 eine Gruppe unterer Militärdienstgrade an die Macht putschen konnte. Die unerfahrene, neue Führungselite unter Samuel K. Doe konnte den Wirtschaftsproblemen allerdings kein Reformprogramm entgegensetzen.

Auch die USA unter Ronald Reagan hatten kein Interesse an einer Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Liberia. Im Rahmen des Ost-West-Konflikts bemühten sie sich weltweit um die Sicherung von Einflusssphären und wollten in Liberia eine Hinwendung zu staatssozialistischen Wirtschaftsformen, sei es in direkter Kooperation mit der Sowjetunion, wie in Kuba oder Libyen, sei es im Rahmen eines Konzepts des Dritten Wegs zwischen den Supermächten, wie in Chile unter Salvador Allende oder in Nicaragua unter den Sandinisten, verhindern. Diesen Zweck erreichten sie durch intensive Stützung der neuen Machthaber (Modernisierung von Kasernen, Militärhilfe, großzügige Kreditgewährung, weitgehende Ignorierung von Men-

schenrechts- oder Demokratiefragen). (*Kramer 1995*) Diese Politik war nicht zuletzt auch sehr im Interesse der internationalen Geschäftswelt. Die Fortführung der „open-door-policy“ (wirtschaftliche Erschließung durch ausländische Wirtschaftsaktivität bei Gewährung äußerst großzügiger Rahmenbedingungen) war nach dem Machtwechsel von 1980 im Interesse der internationalen Firmen, die in Liberia investiert hatten.

Die Versäumnisse der liberianischen Strukturpolitik der 80er Jahre führten zu einer Marginalisierung der ländlichen Räume, zu einer Verschärfung der Ernährungssituation, zu stagnierendem BSP bei steigender Bevölkerung und Massenarbeitslosigkeit in den Städten. Ein permanent unausgeglichener Staatshaushalt hatte einen dramatischen Anstieg der Verschuldungssituation zur Folge (s.u. S. 7 ff.). Öffentlichen Unruhen und generell politischer Opposition begegnete die Regierung unter Doe mit brutaler Härte. Der allmähliche Rückzug sämtlicher internationaler Geldgeber und Investoren ging Hand in Hand mit einem zunehmend skrupellosem Ausverkauf des Landes (z.B. Verkauf von Lizenzen zum Holzeinschlag unter Ignorierung der ökologischen Folgen) und immer terroristischeren Mitteln des Machterhalts. 1990 stand Liberia vor einem wirtschaftlichen Bankrott. (*Kappel/Korte 1993: 285 f.*)

3. Die Krisenbedingungen im einzelnen

3.1 Ethnische Heterogenität

In der öffentlichen Diskussion werden Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen oft als ethnische Konflikte betrachtet. Mehr oder weniger offen wird vorausgesetzt oder unterstellt, daß verschiedene Ethnien nur schlecht innerhalb eines Staatsgebietes friedlich miteinander leben können. Hier soll kurz untersucht werden, welche Rolle ethnische Konflikte bei der Destabilisierung des liberianischen Staates spielten.

Die herrschende Klasse der Americo-Liberianer verstand es, durch Anerkennung von größeren Gruppierungen als „Stämme“ und eine Politik, die die Gruppierungen gegeneinander auszuspielen verstand, ihre eigene Macht zu stabilisieren. Auch eine sehr unterschiedliche regionale Entwicklung innerhalb Liberias verstärkte die Ressentiments. (*Kappel/Korte 1993: 279*) „Ursprüngliche“ ethnische Gruppierungen gibt es

dabei grundsätzlich nicht. Westafrika erlebte in den letzten Jahrhunderten erhebliche Völkerwanderungen, die autochthone Gesellschaften verschwinden ließen, neue schufen, alte umsiedelten. Alle ethnischen Gruppierungen in Liberia sind innerhalb der letzten Jahrhunderte eingewandert. Heute werden hauptsächlich 16 verschiedene „Stämme“ auf dem Staatsgebiet Liberias gezählt (*StBA* 1989: 23)¹, die in drei bis vier verschiedene sprachliche Untergruppen der Niger-Congo-Sprachgruppe eingeteilt werden. Zwischen ihren Mitgliedern gab es immer wieder Auseinandersetzungen, aber die bewaffneten Konflikte zwischen den einzelnen „Stämmen“ sind erst in den letzten zwei Jahrzehnten aufgetreten. (*Kappel/Korte* 1993: 279; *Korte* 1997: 57) Auch *Schlichte* (1996a: 225) weist darauf hin, daß „die Ethnisierung der Politik (...) unter dem Regime Samuel Kanyon Does einsetzte“ und betrachtet die „Reduktion auf die ethnische Zugehörigkeit“ als Resultat des Geschicks der Warlords, die Gegensätze auszunutzen und zu manifestieren, nicht als Voraussetzung des Bürgerkrieges. Der in den USA lebende Liberianer *Siahyonkron Nyanseor* ist der Auffassung, daß Ethnizität nicht naturgegeben sei, sondern von den Briten „erfunden“ als Teil ihrer kolonialen teile-und-herrsche-Strategie und implementiert wurde während und nach der Kolonialzeit (*The Perspective* 28.12.1998).

3.2 Weltmarktabhängigkeit

Die liberianische Volkswirtschaft vor dem Bürgerkrieg war, wenn man den für das Bruttosozialprodukt nicht unerheblichen Bereich der Dienstleistungen außer acht läßt, unterteilbar in zwei Sektoren: Für die ländliche Bevölkerung war die Subsistenzwirtschaft Lebensgrundlage; für lokale Märkte wurde kaum produziert. Der zweite, exportorientierte Sektor wurde beherrscht von internationalen Großunternehmen: Vor allem die Kautschukplantagen, die Eisenerzminen und der Export von Tropenholz erwirtschafteten einen entscheidenden Teil des Bruttosozialprodukts, während in der Landwirtschaft der größte Teil der Menschen ein Auskommen fand. Halbherzige Versuche, eine verarbeitende Industrie aufzubauen, hatten keinen Erfolg. Für Investoren

¹ nach Bernd Girrbaach in seinem Beitrag „Liberia“ im von Dieter Nohlen herausgegebenen Lexikon Dritte Welt (Reinbeck 1996) sind es 30 verschiedene Ethnien.

war Liberia kein interessanter Standort aufgrund fehlender Facharbeiter und mangelhafter Ausbildung, einem fehlenden lokalen Absatzmarkt und der instabilen politischen Lage. (Kappel/Korte 1993: passim)

Der Vergleich der Zahlen der Erwerbspersonen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zwischen 1980 und 1985 zeigt, daß im Vergleichszeitraum die Zahl der Beschäftigten im Bergbau sank, die der Landwirtschaft Betreibenden dagegen deutlich anstieg. Von den Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, betrieben ca. 2/3 Subsistenzwirtschaft, die anderen waren als Landarbeiter auf Plantagen und Farmen tätig. (StBA 1989: 33) Die Plantagenwirtschaft konnte die im produzierenden Gewerbe freiwerdenden Arbeitskräfte jedoch nicht übernehmen, weil sie aufgrund der gestiegenen Konkurrenz durch südostasiatische Anbieter auf dem Weltmarkt (vgl. Scholz 1998: 86 f.; 112 ff.) selbst in der Krise steckte: 1986 mußten fast 5000 Plantagenarbeiter entlassen werden. (StBA 1989: 33) Doch auch die Subsistenzwirtschaft konnte die steigende Zahl der von ihnen Abhängigen nicht mehr ernähren. Aufgrund von Enteignungen durch die städtische Elite, einer unzureichenden Infrastruktur und eines Aufkaufsystems, das den Erzeugern nur geringe Preise zahlte und den landwirtschaftlichen Mehrwert in vor allem staatliche Kanäle abführte, stagnierte die Produktion seit 1978 bei steigenden Bevölkerungszahlen, so daß Liberia zunehmend auf den Import von Grundnahrungsmitteln angewiesen war. (Kappel/Korte 1993: 284)

Tabelle 1: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereich (in 1000 Personen)

| | 1980 | 1985 |
|--------------------------------------|-------|-------|
| Gesamt | 686,6 | 735,2 |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 538,0 | 584,5 |
| Produzierendes Gewerbe | 37,6 | 34,1 |
| Energie- und Wasserwirtschaft | 0,2 | 0,2 |
| Bergbau | 26,0 | 23,5 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 6,6 | 6,0 |
| Baugewerbe | 4,8 | 4,4 |
| Dienstleistungen | 93,0 | 99,6 |
| Andere Bereiche | 17,8 | 17,3 |

Quelle: StBA 1989: 34

Dabei geben einige Autoren ganz richtig zu bedenken, daß die Ausrichtung der Ökonomien der Entwicklungsländer auf Rohstoff- und Agrarexporte bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Subsistenzwirtschaft durchaus Ziel der Entwicklungspolitik der Industrieländer war (*RZ* 1993: 475 f.; *Mutter* 1993: 118). Die bis heute für den Handel zwischen Entwicklungs- und Industrieländern grundlegende Theorie der komparativen Kostenvorteile² leistete der Konzentration auf wenige Produkte entscheidenden Vorschub. Der Hinweis, daß letztlich die Eliten in den Entwicklungsländern verantwortlich sind für den Niedergang der Subsistenzwirtschaft (*Senghaas* 1989: 22), das Versäumen von Marktchancen und das Unterlassen einer Diversifizierung ihrer Wirtschaftssysteme, ist nur teilweise richtig. Er ignoriert die ungleich stärkere Stellung der Industrieländer im internationalen Handelssystem. (*Nuscheler* 1995: 286 ff.)

3.3 Verschuldungskrise

In Liberia erreichte das Verschuldungsproblem in den 80er Jahren Dimensionen, die einen faktischen Bankrott des Staatshaushaltes bedeuteten. Die Bereitschaft, Strukturanpassungsprogramme durchzuführen, fehlte bei der herrschenden Staatsklasse um *Doe* weitgehend. Ende 1988 zogen sich Berater, die auf Druck der US-Regierung zur Überwachung der Staatsfinanzen nach Monrovia gekommen waren, zurück, weil sie trotz weitreichender Vollmachten keinen Erfolg bei der Bekämpfung von Korruption und der Sanierung der Staatsfinanzen erzielen konnten. (*Kappel/Korte* 1993: 287) Die katastrophale Haushaltssituation wird verdeutlicht durch Tabelle 2, in der Einnahmen und Ausgabe sowie das „Haushaltsloch“ für verschiedene Jahre dargestellt ist:

² Diese geht davon aus, daß es für alle beteiligten Volkswirtschaften vorteilhaft ist, sich auf die Produktion jeweils der Güter zu beschränken, bei denen der absolute Kostenvorteil *besonders* groß ist. Für ein Land ist es also sinnvoller, *nur* Ware A herzustellen, wenn es zwar sowohl die Waren A als auch B günstiger herstellen könnte als ein anderes Land, der Kostenvorteil bei Ware A aber besonders groß wäre.

Tabelle 2: Haushalt der Zentralregierung (in Mill. Lib\$). Haushaltsjahr ist Juli/Juni, außer 1988: Haushaltsjahr = Kalenderjahr.

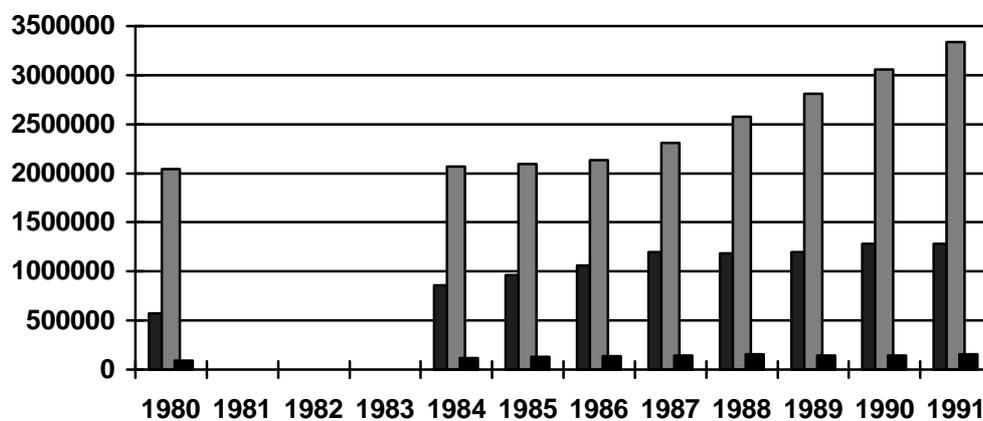
| | 1983/84 | 1984/85 | 1985/86 | 1986/87 | 1987/88 | 1988 |
|--------------|---------|---------|---------|---------|---------|-------|
| Einnahmen | 260,1 | 217,0 | 205,6 | 234,6 | 202,4 | 240,0 |
| Ausgaben | 344,1 | 382,6 | 310,4 | 366,3 | 249,0 | 346,8 |
| Mehrausgaben | 84,0 | 165,6 | 104,8 | 131,7 | 46,6 | 106,8 |

Quelle: *StBA* 1989: 65

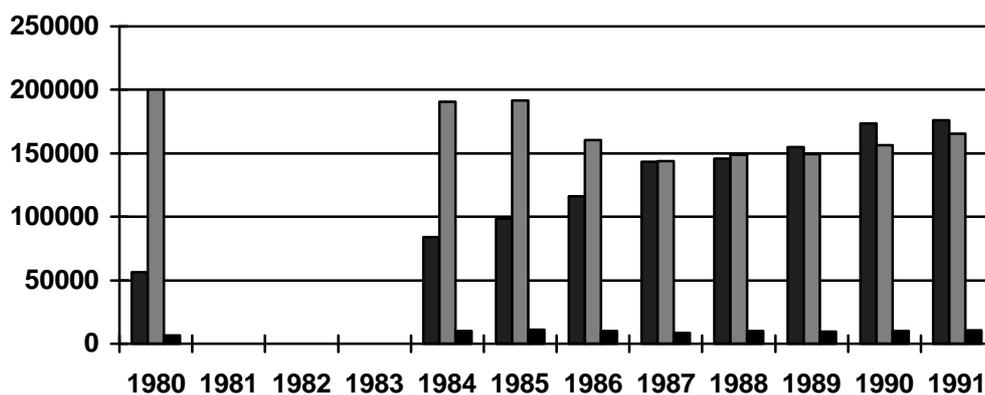
Die Finanzierung eines Staatshaushaltes über die Aufnahme immer neuer Kredite ist langfristig natürlich nicht tragbar. Zur „Verschuldungskrise“ kam es in vielen Entwicklungsländern, als infolge von Ölpreiserhöhungen und weltweiter Rezession die Industrieländer als sehr kreditwürdige Konkurrenten auf den internationalen Finanzmärkten auftraten. Bei gleichzeitig sinkenden Exportmöglichkeiten für Rohstofflieferanten und deshalb fallenden Rohstoffpreisen erhöhte sich das internationale Zinsniveau dramatisch, und zwar nicht nur für die in dieser Zeit neu aufgenommenen Kredite der Entwicklungsländer, sondern auch für die bestehenden Altkredite, die oft zu flexiblen Zinssätzen abgeschlossen waren und sich automatisch an das höhere Zinsniveau anpaßten. Die Zinsdienste der Entwicklungsländer schnellten von 11 Mrd. US-\$ 1971 auf 131 Mrd. im Jahre 1982. (*Betz* 1997: 209; *Petersen* 1993: 200)

Um das Ausmaß der Verschuldung in verschiedenen Ländern vergleichen zu können, betrachtet man sie im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt. (s. Abb. S.9) Weltweit pendelte dieser Index in den 80er Jahren um 40 %. In Afrika südlich der Sahara dagegen stieg er von knapp 30 % im Jahre 1980 auf über 100 % ab 1989. Auch wenn diese Entwicklung nicht so dramatisch verlief wie in Liberia (1980: 62,7 %; 1987: 158,6 %), weist sie doch auf entscheidende Probleme der Länder südlich der Sahara hin. Während das Bruttosozialprodukt leicht sank, stieg die Verschuldung in den 80er Jahren, die in Liberia zu nahezu 100% öffentlich ist (*World Bank* 1991: S. 229), rapide an. Liberia konnte immer weniger seinen Verpflichtungen für den Schuldendienst nachkommen, so daß es immer schwieriger wurde, überhaupt Kredite zu bekommen. Zu den Schulden summierten sich die nicht gezahlten Zinsen.

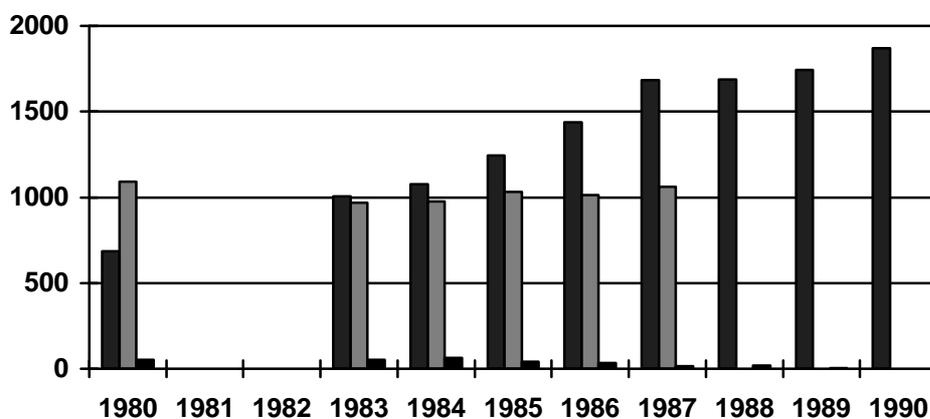
Verschuldung weltweit



Verschuldung in Afrika südlich der Sahara



Verschuldung in Liberia



eigene Graphiken nach *World Bank* 1991: 120 ff.

Zahlenangaben in Mill. US-\$, dargestellt in der Reihenfolge der Balken: Gesamtverschuldung, BSP und Schuldendienst. Fehlende Werte für alle Variablen 1981-1983 (Liberia 1981, 1982) sowie für das BSP Liberia 1988-1990

Die eigentliche Ursache der Finanzkrise ist weniger in den externen Faktoren von steigendem Zinsniveau und sinkender Weltmarktnachfrage zu suchen als vielmehr in dem Unvermögen der Eliten in den Entwicklungsländern, ohne Kapitalzufuhr durch Kredite die Staatshaushalte auszugleichen. Dies grundsätzliche interne Strukturproblem wurde durch die äußeren Faktoren nur verstärkt. (so auch *Betz 1997: 209*) An die Bewilligung neuer Kredite, Umschuldungsmaßnahmen und Verhandlungen über einen Schuldenerlaß knüpften deshalb IWF und westliche Regierungen, die für die Entwicklungsländer mit den größten Problemen aufgrund mangelnder Kreditwürdigkeit die einzigen Ansprechpartner für diese Themen waren, harte Bedingungen: durch Strukturmaßnahmen mußten sie ihre Abschottung vom Weltmarkt aufgeben, Staatswirtschaften verkleinern, Staatsbetriebe privatisieren (*Betz 1997: 215*) und öffentliche Ausgaben im Bereich von sozialen Diensten reduzieren. Die Folgen für die betroffenen Bevölkerungen waren zunächst oft gravierend nicht nur infolge der Einschnitte in den sozialen Bereichen (Bildung, Krankenhäuser, ...), sondern auch durch die betriebswirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen, die durch erhöhten Konkurrenzdruck in den liberalisierten Volkswirtschaften nötig wurden und viele Arbeitsplätze kosteten. (*Schirm 1997: 243*) Diese Härten für die Bevölkerungen wurde von den Kreditgebern als unvermeidlich angesehen, führten in den 80er Jahren jedoch zu heftiger an Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen von Seiten einiger Eliten der Entwicklungsländer und von weniger wirtschaftsliberal orientierten Kreisen in den Industrieländern. Ihre neokeynesianistisch geprägten Alternativkonzepte konnten sich allerdings nicht durchsetzen.

4.4 Strukturelle Schwäche des Staates

Eine wichtige Bedingung für die „Implosion“ (*Tetzlaff 1998: 7*) des Staates Liberia in den 90er Jahren war seine relative Schwäche. Der Staat besaß keine Mechanismen, mit denen Konflikte konstruktiv bewältigt werden konnten. In den gut 100 Jahren relativer Stabilität der Republik Liberia bis zur Wirtschaftskrise Ende der 70er Jahre wurden entscheidende Versäumnisse gemacht bei der Herausbildung von zivilgesellschaftlichen, demokratischen Strukturen, mit denen Verteilungskonflikte friedlich

hätten gelöst werden können und die die Herausbildung eines ökonomisch potenten Mittelstandes (Entstehung einer verarbeitenden Industrie) ermöglicht hätte.

Das politische System des Liberia der Nachkriegszeit bis 1980, grundsätzlich auch während der Militärdiktatur Doe, ist gekennzeichnet durch die Herrschaft einer Staatsklasse, die in der politikwissenschaftlichen Diskussion mit der Theorie der „family affair“ (*J. Gus Liebenow*) erklärt wird oder als Patronagesystem (*Robert Jackson*). (nach *van den Boom* 1996: 101)

Das Liberia der 80er Jahre ist ein typisches Beispiel für eine auf klientelistischen Prinzipien beruhenden Diktatur. Nach der Machtübernahme im April 1980 schaltete Doe seine engsten Verbündeten aus und konzentrierte die Macht vor allem in den Händen von Angehörigen seiner eigenen ethnischen Gruppe, den Krahn. Nach Einschätzung von *Amadu Sesay*, Professor für Internationale Beziehungen in Ile-Ife, Nigeria, Doe „went on to install the most repressive, bestial, ethnically centred and corrupt regime in the sub-region.“ (1998: 55 f.)

Nach der scheinbaren Einführung von demokratischen Regeln in Liberia, die eine Wahlfarce beinhalteten, versuchte im November 1985 Thomas Quiwonkpa, den Doe erst zwei Jahre zuvor aus seinem Amt als Kommandierendem General der Armee gedrängt hatte, die Staatsmacht zu übernehmen. Nach Niederschlagung des Aufstandes durch die Krahn-Einheiten des Militärs und mit Hilfe israelischer Militärberater begann die Verfolgung und Ermordung der militärischen und zivilen Angehörigen der Mano und Dan (Gio), die vor allem in Nimba County im Nordosten des Landes leben. (*Kappel/Korte* 1993: 292) Diesen Prognosen fielen über 3000 Menschen zum Opfer. (*Vogt* 1996: 165) Charles Taylor, ein Vertrauter von Thomas Quiwonkpa (*Sesay* 1998: 56; *Vogt* 1996: 165), der bis 1985 Regierungsangestellter war, konnte, eine größere Geldsumme unterschlagend (*Schlichte* 1996b: 141; *Kramer* 1995) ins benachbarte Sierra Leone fliehen, von dort in die USA, wo er verhaftet wurde, wieder floh und über verschiedene weitere Stationen schließlich nach Côte d’Ivoire gelangen, von wo aus er die militärische Aktion vorbereitete, die 1989 den siebenjährigen Bürgerkrieg in Liberia auslösen sollte.

Das Hauptproblem vieler afrikanischer Staaten ist ihre Schwäche, die sich ausdrückt in einer fehlenden politischen Legitimation und nationalen Integration verbunden mit einer fehlenden demokratischen Partizipation der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. (so auch *Thomas* 1998: 4) Weitgehend wurde es versäumt, Stabilität durch nationale Identität und dauerhafte Bindungen aufzubauen, im Vordergrund stand (und steht) oft der Machterhalt der eigenen Gruppe. Die wie auch immer bezeichnete Staatsklasse etablierte ein System, in dessen Zentrum die jeweils Herrschenden stehen und die alle politischen Entscheidungen durch ein Netz personaler und familiärer Beziehungen lenken. An die Inhaber von öffentlichen Posten werden dabei seitens ihrer sozialen Bezugspersonen hohe ökonomische Ansprüche auf die Weitergabe von Privilegien gestellt, die eine maximale Profitschöpfung aus den öffentlichen Ämtern erforderlich macht. Korruption, Nepotismus und Klientelismus sind keine vermeidbaren Auswüchse, sondern integrale Teile dieser Systeme. Die grundlegenden Unterschiede von afrikanischen zu europäischen Administrationen sieht *Gieler* (1992: 7) dementsprechend in der „Personalisierung der administrativen Macht“, für die sachliche Entscheidungskriterien nur einige unter vielen sind, im Klientelismus und im aus dem System resultierenden Zentralismus.

Dies führt typischerweise zu einer Stärkung von politisch unzuverlässigen von der Macht ausgeschlossenen Gruppen, die sich unter religiösen, ethnischen oder / und geographischen Vorzeichen zusammenschließen und eigene Netzwerke zum Erhalt und Ausbau ihrer sozialen und ökonomischen Stellung bilden. Diese Netzwerke operieren mit großem Erfolg gerade auch zwischen verschiedenen schwachen Staaten, die es sich nicht leisten können, ihre Grenzen effektiv zu kontrollieren, und nutzen unterschiedliche Wirtschaftssysteme und Zölle aus, um durch Schmuggel oder Handel Einkünfte zu erzielen, so daß viele Staaten an den Rändern „ausfransen“, ihre Grenzen zu Grenz-Räumen werden. (*Bach* 1997: passim) Dieser Prozeß wird durch die teils willkürlichen, die Territorien von sozialen Gemeinschaften oft durchschneidende Grenzbeziehungen während der Kolonialzeit unterstützt. Der (oft illegale) zwischenstaatliche Handel bot freilich die größten Gewinnaussichten entlang der Grenzen zwischen verschiedenen Kolonialblöcken oder besonders, nach dem Ende der Kolonialzeit stark ausgeweitet, zwischen unterschiedlichen Finanz- und Steuersystemen. Er ist derzeit wieder im Rückgang begriffen aufgrund der zunehmenden Anpassung der unter-

schiedlichen Wirtschaftssysteme auf die relativ einheitlichen Strukturanpassungsprogramme, die die Entwicklungsländer nach Vorgaben von IWF und Weltbank durchführen. Die lokalen patrimonialem Autoritäten müssen sich neue Einkunftsquellen erschließen; eine Internationalisierung und Kriminalisierung dieser transstaatlichen Netzwerke, zum Beispiel durch die Hinwendung zum Drogenanbau und -handel, ist zu beobachten. (*Bach 1997: 105*)

Die Schwäche des Staates in der Dritten Welt zeigt sich nicht zuletzt auch im weitgehenden Fehlen von sozialen Einrichtungen wie Rentensystem oder Arbeitslosenversicherung. Soziale Sicherung, Daseinsvorsorge und auch für die Bewahrung oder Herstellung eines kulturellen Identifikationsrahmens wird nach wie vor häufig durch die traditionellen Strukturen sichergestellt. (*Gieler 1992: 5*) Wo diese z.B. infolge von Landflucht oder Modernisierungsprozessen wegbrechen und nicht mehr greifen können sind soziale Absicherungen meist Sache der einzelnen Firmen und werden im Prinzip frei ausgehandelt, wobei die Arbeitnehmer aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit und schwachen Gewerkschaften in einer sehr schlechten Verhandlungsposition sind. Auch diese Strukturen zwingen viele Familien in die Schattenwirtschaft und schwächen damit staatliche Legitimation.

Die Tendenz vieler autokratischer Herrscher in Entwicklungsländern, ihre Machtposition über den Ausbau von militärischen Kontroll- und Unterdrückungsapparaten zu sichern, da sie von einer gesellschaftlichen Öffnung und demokratischer Teilhabe mindestens eine Schmälerung ihrer Profitmöglichkeiten zu erwarten haben, bindet enorme Ressourcen an die Sicherheitssysteme, die im sozialen Bereich vom humanitären Standpunkt aus gesehen sinnvoller eingesetzt wären, und bietet im Krisenfall eventuellen Rivalen um die Macht die Möglichkeit, Teile des Militärapparates für sich zu gewinnen.

3.5 Liberia im Ost- West- Konflikt

Der Bürgerkrieg in Liberia wird aus zwei Gründen auch als Folge des Kalten Krieges angesehen. Erstens besaß die Sicherung der Einflußsphären in der Dritten Welt für die Supermächte Priorität vor humanitären Fragen. Unter diesen Vorzeichen konnte Doe Regime die diktatorische Staatsordnung ausbauen und stärken und dabei ohne Rücksicht auf die Menschenrechte vorgehen, ohne die politische und materielle Unterstützung der USA zu verlieren. Die Versuche der US-amerikanischen Regierung, Samuel Doe zur Ordnung zu rufen, blieben halbherzig. (*Olonisakin* 1998: 98) Auf diese Art bildeten sich die Strukturen heraus, die in den 90er Jahren zum Bürgerkrieg führten. (*van den Boom* 1996: 109)

Der zweite Grund, den liberianischen Bürgerkrieg als Produkt des Kalten Krieges zu sehen, liegt gerade in seiner Überwindung. Nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Wirtschafts- und Politiksysteme stand Doe plötzlich und unerwartet ohne die Hilfe des „großen Bruders“ da; für seine Gegner bot sich die Möglichkeit bei Zurückhaltung der Supermächte erfolgreich militärisch gegen das Regime vorgehen zu können. (*Olonisakin* 1998: 101; *van den Boom* 1996: 109)

Nicht nur der Wegfall einer konkurrierenden Großmacht im Einfluß auf die Staaten der Dritten Welt oder allgemeine humanitäre Argumente waren der Grund dafür, daß die Unterstützung von diktatorischen Regimen immer uninteressanter für die westlichen Regierungen wurde. In den Industrieländern setzte sich vielmehr verstärkt die Einsicht durch, daß es eine Verbindung gibt zwischen politischer Demokratisierung und ökonomischem Wachstum. (*Thomas* 1998: 14) Das Drängen auf gesellschaftliche Öffnung muß auch gesehen werden als der Versuch, durch eine Stabilisierung der nationalen Ökonomien neue Märkte zu schaffen.

Der Ost-West-Konflikt war zwar eine wichtige Grundlage für die internationale Entwicklung der letzten Jahrzehnte und muß für das Verständnis von internationalen Beziehungen begriffen und berücksichtigt werden, tritt aber heute zunehmend in den Hintergrund. Heute entstehen neue Brüche und Auseinandersetzungen, ökonomische Verteilungskämpfe stehen zunehmend im Vordergrund der Konflikte. Symptomatisch für den Paradigmenwechsel des letzten Jahrzehnts kann die Entwicklung von Sam

Nujoma stehen: Bis 1989 sozialistischer Anführer einer von der Sowjetunion unterstützten Befreiungsbewegung, ging er 1990 als Präsident des unabhängigen Namibia aus freien Wahlen hervor und suchte erfolgreich Anschluß an die westlichen Industriestaaten zum Beispiel durch Eröffnung der ehemals (legal) südafrikanischen Enklave Walvish Bay als internationalem Freihafen. Die sozialistische Rhetorik ist weitgehend vergessen, aber von einer Anbiederung an die Industriestaaten kann keine Rede sein: in einer Rede im September 1998 bezeichnete er die Mitgliedsländer der EU als „Imperialisten und Lügner“; die Unruhen im Kongo seien von „weißen Imperialisten“ angezettelt, die skrupellos auf die Reichtümer des Landes aus seien. (SZ 22.9.98: S.12) Damit wird, wie auch mit der Beibehaltung und Umdefinierung der Bewegung der Blockfreien in eine Interessenvertretung der Entwicklungsländer (FR 2.9.1998: S.2; FR 5.9.1998: S.3), die neue Weltordnung und eine ihrer Konfliktlinien angedeutet.

3.6 Bewertung der verschiedenen Krisenursachen

Die eigentliche Ursache des Staatszerfalles in Liberia scheint in der Gesellschaftsordnung zu liegen, die die Bevorzugung und Bereicherung nur einer Gruppe zuläßt. Diese Staatsordnung erwies sich als unfähig, das Wirtschafts- und Finanzsystem an die jeweiligen Erfordernisse anzupassen und damit auf Krisen angemessen zu reagieren und schuf umgekehrt sogar andere Krisenursachen durch die künstliche Ethnisierung der Krise. Die mangelnden gesellschaftlichen Partizipations- und Mediatisierungsmöglichkeiten führten zur unnötigen Verschärfung von Konflikten unterschiedlicher Interessen und schließlich zu ihrer Entladung mit gewaltsamen Mitteln.

Vor diesem Hintergrund konnten sich Konflikte zu Krisen entwickeln und schließlich durch ihr Zusammenwirken im Bürgerkrieg eskalieren. Eine Änderung des Wirtschaftssystems oder die Gesundung des Staatshaushaltes hätten zwar wichtige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Liberia bedeutet und vielleicht den Bürgerkrieg verhindern oder seinen Verlauf beeinflussen können, aber die mangelnde Legitimation und ungerechte Verteilung innerhalb des Landes hätte gewiß immer wieder zu ernststen Auseinandersetzungen geführt.

4. Verlauf des Bürgerkriegs in Liberia

4.1 Die ersten Kriegsmonate

Am 24. Dezember 1989 überfiel Charles Taylor mit ca. 150 Männern, die in Burkina Faso und Libyen ausgebildet worden waren, von Côte d'Ivoire aus Militärposten in Nimba County, dem nordöstlichen Landesteil von Liberia. Taylors *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL) erhielt starken Zulauf durch die Bevölkerung, die endlich eine Möglichkeit sah, sich gegen Doe und seine Krahn-Milizen zu wehren. Die liberianische Armee (*Armed Forces of Liberia*, AFL) reagierte mit Terror gegen die Zivilbevölkerung und verbesserte damit nur noch mehr die Situation der NPFL, die von der Bevölkerung als Befreiungsarmee anerkannt wurde und rasch nach Süden und Südwesten vorstieß und nach wenigen Monaten die nur ca. 100 km östlich von Monrovia gelegene Hafenstadt Buchanan eroberte. Zugleich rückte Dan Prince Johnson, der im Februar 1990 eine *Independent National Patriotic Front of Liberia* (INPFL) als Abspaltung von Taylors Milizen gründete, von Nordwesten auf die Hauptstadt vor. Im Sommer sah sich Doe eingeschlossen in Monrovia, beide Rebellenführer erhoben Anspruch auf die Staatsmacht. Die Reste der AFL verschanzten sich um den Präsidentenpalast und verwüsteten große Teile der Hauptstadt. (Kappel/Korte 1993: 293)

Die Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (*Economic Community of West African States*, ECOWAS) entschlossen sich im Mai 1990 zu einer Intervention und landeten Ende August mit einer Eingreiftruppe (*ECOWAS Ceasefire Monitoring Group*, ECOMOG) in Monrovia, um die Kombattanten zu trennen und einen Waffenstillstand herbeizuführen. Gleichzeitig unterstützten sie die Bildung einer Übergangsregierung (*Interim Government of National Unity*, IGNU) unter dem liberianischen Professor für Politikwissenschaften Amos Sawyer zunächst in Banjul (Gambia), ab November in Monrovia. Anfang September gelang es Einheiten der INPFL den Präsidentenpalast zu erobern und Doe zu ermorden. Gegen Ende des Jahres 1990 sicherte die ECOMOG den größten Teil Monroviens, die führerlos gewordene AFL blieben zunächst in den Kasernen, die INPFL verschanzte sich in einem Vor-

ort Monrovia, während der gesamte Rest des Landes („Greater Liberia“) unter dem Einfluß von Taylors NPFL stand. (*Korte* 1997: 59 f.)

4.2 Internationale Allianzen und Konfrontationslinien

Die Entwicklungen des Bürgerkrieges in Liberia wurden zum großen Teil bestimmt durch internationales Engagement. Taylor hätte seinen Überfall ohne Unterstützung nicht durchführen können und wäre umgekehrt innerhalb von Monaten ans Ziel gelangt, wenn die westafrikanische Staatengemeinschaft unter Federführung Nigerias nicht eingegriffen hätte.

Im Gegensatz zu anderen Weltregionen sind die ökonomischen Voraussetzungen in Westafrika zu schwach, um alleine die Beziehungen innerhalb der Region zu erklären. (*Senghaas* 1989: 12) Die Außenpolitik der westafrikanischen Staaten ist zum großen Teil personalisiert (*Sesay* 1998: 58) und wird von den persönlichen Beziehungen zwischen den Staatsoberhäuptern mitbestimmt. Das ermöglicht bis zu einem gewissen Grad Rückschlüsse auf die Entstehung von ECOWAS teilenden Allianzen und Konfrontationslinien.

4.2. a) Nigeria, Gambia, Guinea und Sierra Leone

Zwischen Samuel K. Doe und dem damaligen Oberhaupt von Nigeria, Ibrahim Babangida, bestanden intensive Beziehungen, die als „friendly ties“ (*Mortimer* 1996: 151) oder sogar „close friendship“ (*Sesay* 1998: 60) beschrieben werden. In der kritischen Situation des Mai 1990 reiste Doe in die nigerianische Hauptstadt Abuja, um sich der Unterstützung seines Partnerlandes zu versichern. (ebd. m.w.N.) Das bevölkerungsreiche Nigeria konnte sich in den 70er Jahren aufgrund seiner reichen Erdölvorkommen zur ökonomischen und politischen Vormacht Schwarzafrikas entwickeln und verstand sich in internationalen Gremien als Sprachrohr der „Bruderstaaten“. (*Bergstresser* 1993: 361) Das internationalistische Argument diente als Hauptargument zur Rechtfertigung des nigerianischen Engagements in Liberia, das auf die Er-

richtung eines Waffenstillstandes und humanitäre Hilfsaktionen ausgerichtet war. Nigeria war die treibende Kraft bei der Einrichtung der ECOMOG-Truppen, stellte mit Abstand das größte Soldatenkontingent und übernahm ca. 70 % der Kosten des Einsatzes. (Vogt 1996: 177) Abgesehen von den humanitären Gründen und der Intention des Beistands bedrohter Verbündeter gab es noch andere Motive für das Engagement von ECOMOG: Nigeria war nicht nur Importeur von liberianischem Eisenerz, sondern hatte auch in die Minen des Partnerlandes investiert. (Sesay 1998: 61) Weiterhin waren die Friedensbemühungen von ECOWAS darauf gerichtet, einen „Flächenbrand“ durch ein Übergreifen des Bürgerkrieges auf benachbarte Staaten zu verhindern.

Das Engagement Nigerias war allerdings von Anfang an nicht auf die bedingungslose Unterstützung von Samuel Doe gerichtet. Durch den Militäreinsatz sollte zwar der Angriff Taylors auf Doe abgewehrt werden, aber gleichzeitig machte sich Nigeria stark für die Übergangsregierung IGNU unter Sawyer. Kappel/Korte weisen darauf hin, daß Nigeria „nicht mit letzter Konsequenz gegen Taylor vorgeht, zumal noch nicht absehbar war, wer L(iberia) in der mittleren Zukunft regieren wird.“ (1993: 296) Sie interpretieren die Haltung Nigerias als Bemühen, möglichst viele Optionen für die Zukunft offen zu halten.

Die ECOMOG-Aktion wurde weiterhin unterstützt von den ECOWAS-Staaten Gambia, Guinea und Sierra Leone. Ihr Engagement kann durch die engen ökonomischen und im Falle von Sierra Leone auch personellen Verflechtungen und Abhängigkeiten von Nigeria erklärt werden (Sesay 1998: 58).

4.2.b) Ghana

Ghana orientierte sich nach Jerry Rawlings Machtübernahme 1981 zunächst am sozialistischen Entwicklungsmodell, gab diesen Weg jedoch nach wenigen Jahren zugunsten einer marktwirtschaftlichen Politik auf, nicht jedoch die sozialistische Rhetorik. (Siebold 1993: 238) In dieser Zeit entwickelte sich eine bleibende Konfliktbeziehung zwischen Ghana und Liberia, welches sich durch den ghanaischen Weg bedroht sah und im November 1985 eine Invasion unter der Beteiligung Ghanas befürchtete.

(*Aning* 1997: 8) Die Unterstützung Charles Taylors zwischen 1985 und 1987 muß vor diesem Hintergrund der Rivalität der beiden Staaten gesehen werden.

1987 brach Ghana mit Taylor und inhaftierte ihn zweimal. *Aning* (1997: 9 f.) macht als Begründung für den Politikwechsel Accras die Popularität aus, die Taylors Revolutionsrhetorik mittlerweile unter Ghanas Jugend erreicht hatte und die zur Bedrohung der Regierung Ghanas wurde.

Ghanas Bemühungen, die internationale Isolation zu durchbrechen, in die der Staat während seines Versuchs der Verfolgung des sozialistischen Weges geraten war, wird als Hauptgrund seines Engagements im Rahmen des ECOMOG-Einsatzes gesehen.

(*Aning* 1997: 10) Durch den Einsatz konnte sich Ghana erfolgreich in der westafrikanischen Politik profilieren und seine Position im regionalen Kräfteverhältnis stärken.

(*Siebold* 1993: 240; *Sesay* 1998: 59) Weiterhin spielten auch humanitäre Gründe eine Rolle für den Entschluß Accras, den ECOMOG-Einsatz mitzutragen. In den Kämpfen in Liberia kamen auch Ghanaer, die sich im Land befanden, ums Leben. (*Sesay* 1998: 59; *Mortimer* 1996: 150).

4.2.c) Libyen, Côte d'Ivoire, Burkina Faso u.a. frankophone Staaten

Taylors Truppe setzte sich zum erheblichen Teil auch aus Personen zusammen, die aus verschiedenen Staaten Westafrikas stammten. (*Aning* 1998: 11) Daneben erhielt er Unterstützung durch verschiedene Staaten.

Die regionale Vorherrschaft Nigerias, die durch Abujas treibende und tragende Rolle im ECOMOG-Prozeß unterstrichen wurde, stößt nicht bei allen Staaten der Region auf Zustimmung. Nicht alle dieser Staaten hatten wie Ghana die Potenz, durch eigenen herausragenden Einsatz im Rahmen des ECOMOG-Einsatzes Nigeria etwas entgegenzusetzen. Besonders die frankophonen ECOWAS-Staaten betrachteten das Engagement Nigerias mit Skepsis und verweigerten der ECOMOG-Aktion ihre Unterstützung. (*Mortimer* 1996: 154)

Bei seiner Machtergreifung lies Doe seinen Vorgänger, Präsident Tolbert, und dessen ältesten Sohn, A.B. Tolbert, töten. Damit machte er sich den Präsidenten von Côte

d'Ivoire, Houphouët-Boigny, zum erbitterten Feind, der Schwiegervater sowohl von A.B. Tolbert war als auch der des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaore. (*Sesay 1998: 56; van den Boom 1996: 108*) Ein grundsätzlicher Dissens zwischen Liberia und Côte d'Ivoire erklärt sich auch aus der Geschichte der beiden benachbarten Staaten: Unter französischer Kolonialherrschaft wurde das Gebiet von Côte d'Ivoire in den Jahren 1892 und 1907 zu Lasten von Liberia nach Westen hin erweitert. In Liberia wurden nach der Machtübernahme Does Stimmen laut, die eine gewaltsame Rücknahme des Landes forderten. Nachdem die Regierung Does aufgrund ihrer undemokratischen und inkompetenten Politik in interne und internationale Schwierigkeiten gekommen war, erschien ihr die Konfrontation mit dem Nachbarstaat als geeignete Option, ihre Herrschaft zu stabilisieren. (*Aning 1997: 13 f.*)

Burkina Faso ist ökonomisch sehr eng verbunden mit und abhängig von dem wirtschaftlich potenteren Côte d'Ivoire. (*Klaus Ziemer in Lexikon Dritte Welt (Fn. 1), Stichwort Burkina Faso*) In der Zeit seines Exils nutzte Taylor diese Voraussetzungen, um die beiden Staaten zur Unterstützung seiner Aktion zu gewinnen. Der sehr enge Kontakt zwischen Charles Taylor und dem Präsidenten von Burkina Faso, Compaore, geht zurück auf die Zeit der Machtkämpfe zwischen Blaise Compaore und Thomas Sankara, die ersterer 1987 wahrscheinlich mit der Hilfe von Taylors in Libyen ausgebildeten Leuten für sich entscheiden konnte. (*Mortimer 1996: 153*) Burkina Faso diente im folgenden als Umschlagplatz für die materielle Unterstützung, die Taylor aus Libyen erhielt. (ebd.) Libyens Rolle im Bürgerkrieg Liberias erklärt sich aus der intensiven Zusammenarbeit zwischen den USA und Does Liberia, das durch umfangreiche militärische Zusammenarbeit zum „Cog in the Anti-Qaddafi Machine“ (*Kramer 1995*) wurde. Durch die Unterstützung der Opposition Liberias, die zum Teil nach Libyen exilierte, und aufgrund der engen Verbundenheit zwischen Sankaras Burkina Faso und Libyen konnte Gaddafi Einfluß in Westafrika nehmen, obwohl die Beziehungen der beiden Staaten unter Compaore deutlich abkühlten (*Aning 1997: 12*). Für Côte d'Ivoire und Burkina Faso macht *Aning* (1997: 13) einen weiteren Grund aus, Taylor bei seinen Kriegsvorbereitungen zu unterstützen: Beide Staaten befanden sich Ende der 80er Jahre in einer schweren wirtschaftlichen Krise, die durch den Verfall der Preise für Agrarprodukte, besonders von Kakao und Kaffee, in den 80er Jahren ausgelöst wurde. Wachsende Unruhe unter der ivoirischen Bevölkerung (*Jakobeit*

1993: 208) und die enge ökonomische Verflechtung der beiden Staaten ließen deren Führungen den Versuch unternehmen, durch die Förderung des externen Konfliktes die inneren Spannungen abzuleiten.

Neben Côte d'Ivoire und Burkina Faso sprachen sich vor allem Togo und Benin grundsätzlich gegen einen ECOMOG-Einsatz aus. Die Staaten Niger, Kap Verde, Mauretanien und Guinea-Bissau blieben vorerst inaktiv (*van den Boom* 1996: 108). Mali und der Senegal schwankten zwischen ursprünglicher Ablehnung (*Mortimer* 1996: 152) und Zustimmung zum Einsatz der ECOMOG-Truppen hin und her, wobei besonders die Rolle des Senegal sehr interessant und eng verbunden mit der Position der USA im Konflikt um Liberia ist.

4.2.d) Senegal, USA

Nach der Unterstützung der Diktatur Doe in den 80er Jahren blieben die USA zu Beginn des liberianischen Bürgerkriegs inaktiv und beschränkten sich auf die Evakuierung eigener Staatsangehöriger. Das für viele erstaunliche Fallenlassen des einstigen Günstlings Doe (vgl. *Kramer* 1995) erklärt sich aus den internationalen Rahmenbedingungen der Liberiakrise: Im Herbst 1989 begann mit dem Fall der Berliner Mauer das Ende des Kalten Krieges und damit eine neue Ära der internationalen Beziehungen. Die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit war eher auf den Zerfall des ehemaligen Ostblocks gerichtet sowie seit August 1990 auf den Golfkrieg. Gleichzeitig wurde die US-Regierung wegen der Unterstützung von Doe Regime und der Hinnahme der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen öffentlich angegriffen. Vor allem ein Teil der von Doe ins Exil getriebenen Auslandsliberianer machte in dieser Phase des Konflikts seinen Einfluß geltend. (*Korte* 1997: 59 f.)

Die Zurückhaltung der USA erklärt sich auch vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Bestrebungen, ihre militärischen Interventionen auf ein Mindestmaß zu beschränken und statt dessen, soweit möglich, „einheimische“ Kräfte zu fördern. Diese Strategie wurde bereits im Rahmen der Reagan-Doktrin von 1985 formuliert. (*Halliday* 1988: 29)

Indirekten Einfluß auf das Kriegsgeschehen übten die USA dann ab 1991 aus, nachdem ihre Zurückhaltung auf Unverständnis und Verärgerung vor allem westafrikanischer Regierungen stieß (*Kramer* 1995), indem sie die Regierung des Senegal dazu brachte, ihre Zurückhaltung gegenüber der ECOMOG-Aktion aufzugeben und selbst 1500 Soldaten unter ECOMOG-Kommando zu stellen. Im Gegenzug übernahmen die USA militärische Kosten des senegalesischen Einsatzes in Höhe von 15 Millionen US-\$ und erließen dem Senegal öffentliche Schulden in Höhe von 42 Millionen US-\$. Diese Anreize waren stark genug, entgegen der öffentlichen Meinung der senegalesischen Bevölkerung und gegen die Interessen Frankreichs die von der Bush-Administration gewünschte Position einzunehmen. (*Mortimer* 1996: 154 f.)

4.2.e) OAU, UN

Die Positionierung des Senegal auf Seiten der Gegner Taylors hatte weitreichende Konsequenzen: Sein Präsident Abdou Diouf hatte bis Mitte 1992 den Vorsitz von ECOWAS inne, übernahm gleichzeitig den der OAU (*Organization of African Unity*) und bemühte sich in diesem Rahmen um eine Stärkung der Rolle von ECOMOG, indem er die Autorität der OAU hinter die westafrikanische Eingreiftruppe zu stellen versuchte. Doch bevor diese Politik Erfolg zeigen konnte, eskalierte der Bürgerkrieg in Liberia und die diplomatische Aktivität hinter dem Einsatz von ECOMOG ging von der OAU auf die UN über. (*Mortimer* 1996: 157) Immerhin war die Anerkennung der ECOWAS-Intervention durch die OAU ein wichtiger Beitrag zu einer Neudefinition der Rolle der OAU im Afrika der neuen Weltordnung, in der die afrikanischen Staatengemeinschaft zunehmend versucht, vom Almosenempfänger zum *global player* zu werden. (*van den Boom* 1996: 107) Der Aufbau eines eigenen Konfliktlösungsmanagements kann ein wichtiger Schritt werden in diese Richtung, obwohl die ökonomische und politische Potenz der OAU noch bei weitem nicht ausreicht, diese Rolle auszufüllen.

Die UN hielten sich stark zurück im liberianischen Bürgerkrieg. Sie beschränkte sich zunächst auf die Anerkennung der ECOMOG-Aktion und entsandte Ende 1993 eine Beobachtergruppe mit 90 Mitgliedern (*UN Observer Mission in Liberia*, UNOMIL).

Gleichzeitig ergänzten Truppen aus Uganda, Tanzania und Zimbabwe ECOMOG, um das nigerianische Übergewicht in dieser Eingreiftruppe zu mildern. (*van den Boom* 1996: 106)

4.2.f) Internationale Firmen, Europa

Auch Europäer waren in den Bürgerkrieg von Liberia involviert. Ihre Rolle erklärt sich aus den Besonderheiten der *Bürgerkriegsökonomie*: Charles Taylor, der vor der Machtübernahme durch Samuel Doe in den USA Ökonomie studiert hatte, verstand es, nach der Eroberung weiter Landstriche Liberias zunächst bestehende Patronage-Strukturen zu zerschlagen, was ihm mit Hilfe zumeist jugendlicher Benachteiligter des etablierten System aus den Gruppen der Mano und Dan gelang. (*Reno* 1997: 17) So dann baute er aus den Resten der überkommenen Beziehungen eigene regierungsähnliche Strukturen auf (*Kappel/Korte* 1993: 294) innerhalb des von ihm kontrollierten „Greater Liberia“, das zeitweise ganz Liberia außer der Hauptstadt Monrovia, über ein Drittel der Fläche Sierra Leones und die Grenzregionen Guineas umfaßte. Taylor verstand es geschickt, die Wirtschaftstätigkeit in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten. Über Erlöse aus dem Eisenerzexport finanzierte er zunächst seinen Krieg, dann schloß er einen Vertrag über den weiteren Export von Kautschuk mit dem Reifenkonzern Bridgestone, deren Plantagen er als Übungsgebiet und Basis nutzte und über deren Telefonsystem er mit seiner Vertretung in Washington, der PR-Firma Swindler & Berlin, in Verbindung stand. (*Reno* 1997: 17) Auch Tropenholz wurde zu einer wichtigen Einkommensquelle für Taylor, der ohne Rücksicht auf ökologische Konsequenzen Konzessionen verkaufte. Mit Taylor kooperierten liberianisch-amerikanische Firmen wie die Liberian American Mining Company und europäische Firmen. So kam ein Großteil des Tropenholzes für den europäischen Markt aus Liberia; das britische African Mining Consortium und die französische Sollac waren Handelspartner für liberianisches Eisenerz. (*Schlichte* 1996b: 145) Taylor unterhielt gute Beziehungen zu Firmen in Côte d’Ivoire, über das ein großer Teil seines Exportes abgewickelt wurde. Auch Sierra Leone wurde in den Bürgerkrieg einbezogen, nachdem Taylor seine Einflußzone auf die Diamantengebiete des Nachbarstaates ausdehnte. Auch die Regie-

zung Frankreichs setzte sich für Taylor ein (*Reno* 1997:17) und versuchte damit, die Position Frankreichs gegen die nigerianischen Hegemoniebestrebungen zu begegnen (*Schlichte* 1996b: 141). Zweifelhafte Praktiken führten dabei 1992 zum Rücktritt Jean Christophe Mitterand, Sohn und Afrika-Beauftragter von François Mitterand. (*Mortimer* 1996: 156)

Die internationalen Beziehungen und Wirtschaftsverflechtungen sind entscheidende Voraussetzung für Taylor und andere Warlords, ihre Kriege finanzieren zu können. Ohne die Gewinninteressen der beteiligten „skrupellosen“ (*Kappel/Korte* 1993: 290) Geschäftsleute würden Bürgerkriege wie der liberianische weniger lange und intensiv geführt werden können.

4.3 Der weitere Kriegsverlauf

Der Einsatz der ECOMOG konnte Charles Taylors Machtergreifung verhindern, ihn aber nicht zum Waffenstillstand zwingen. Verschiedene Versuche von Friedensverhandlungen scheiterten.

Der *United Liberation Movement for Democracy* (ULIMO) gelang es in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 von Sierra Leone und Guinea aus, Taylor zurückzudrängen. Durch Abspaltungen von NPFL und ULIMO und durch Neugründungen entstanden immer neue Gruppierungen. 1996 wurden, abgesehen von ECOMOG, ca. 20 Bürgerkriegsparteien gezählt, die fast alle einen Alleinvertretungsanspruch vertraten und Friedensverhandlungen sowie besonders Waffenniederlegungen der kriegsführenden Gruppen erschwerten. (*van den Boom* 1996: 103)

Die humanitäre Situation in Liberia verschlechterte sich enorm und kann von Europa aus wohl nur andeutungsweise erfaßt werden. ECOMOG konnte die Kriegsparteien zwar immer wieder trennen und hatte die Macht, befriedete Korridore für internationale Hilfslieferungen zu sichern, was vermutlich Hunderttausenden das Leben rettete. (*Sesay* 1998: 61) Oft freilich nicht mehr als das blanke Überleben: *Korte* (1997: 66) schätzt, daß 1996 nur noch 500.000 bis 750.000 Menschen in den ländlichen Regio-

nen Liberias lebten gegenüber 2 - 2,5 Millionen vor Ausbruch des Krieges, Die „staatsähnlichen Strukturen“, die Charles Taylor in dem von ihm kontrollierten Gebiet aufbaute, sind nicht zu vergleichen mit denen eines funktionierenden Staatswesens: für Taylor stand der Erhalt der eigenen Macht im Vordergrund, die zuerst auf den Waffen seiner Kämpfer beruhte. Seine meist jugendlichen Krieger sicherten sein Gebiet nicht nur nach außen, sondern auch nach innen mit brutaler Gewalt ab, Plünderungen und Morde an der Bevölkerung waren an der Tagesordnung. Die meisten Menschen Liberias flohen ins benachbarte Ausland, wo sie in großen Flüchtlingslagern auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen waren, Zehn- oder sogar Hunderttausende starben in den Kriegswirren, weitere Hunderttausende irrten innerhalb Liberias umher. „The humanitarian disaster continues in Liberia. In the Western Liberia, horror persists particularly in Grand Cape Mount and Bomi Counties, it has been reported that more than 4,000 young children are suffering from severe malnutrition and about 20,000 persons referred to as ‘walking skeletons.’ Due to hostilities, food and other humanitarian assistance have not been taken to this region since December last year ... Individuals have been surviving on roots ... “ (Woods am 11. September 1996)

Die Lage der Kämpfer selbst stellte sich nicht entscheidend besser dar als die der Zivilbevölkerung. Die Truppen der Warlords bestanden aus dezentral operierenden bewaffneten Gruppen, die „eher bewaffneten Jugend- oder Räuberbanden als militärischen Einheiten“ glichen (Korte 1997: 68) und die auf Plünderungen und Erpressungen angewiesen waren, um sich ernähren zu können, da sie weder regelmäßigen Sold noch Lebensmittel bekamen. Die Angehörigen dieser Truppen, gleichgültig ob sie sich freiwillig bewaffneten oder keine Wahl hatten, wurden zu durch die Kriegsgeschehen traumatisierten „Mordmaschinen“ (Korte 1997: 70). Die lokalen Führer nutzten dabei die weit verbreiteten Gewaltvideos des Horror-, Rambo- und Kung-Fu-Genres und trieben ihre „Gefolgsleute zu terroristischen Greuelthaten, bei denen es keine Hoffnung auf Rückkehr gab“ (Richards nach Korte 1997: 76). Vergewaltigungen, Kannibalismus, sinnlose Verstümmelungen und Morde gehörten zu diesem Bürgerkrieg, wie vermutlich zu allen Kriegen.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen den Bürgerkrieg durch Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien zu beenden, stimmten 1995 die wichtigsten Warlords zu Mitglieder eines IGNU ersetzenden Staatsrates zu werden, um in diesem Gremium einen Zeitplan für Entwaffnung, Kasernierung und Wahlen zu erstellen. Den Vorsitz hatten der Literaturprofessor Wilton Sankawulo und der 90jährige Ehrenpräsident Chief Tamba Taylor, die anderen Mitglieder waren die Warlords Charles Taylor, Al-haji Kromah und George Boley sowie Oscar Quinah als Repräsentant der zivilen Kräfte. Über den Staatsrat etablierten sich neue Allianzen zwischen Taylors NPFL, der ECOMOG und einer ULIMO-Abspaltung, der ULIMO-K, auf der einen Seite gegen eine Koalition aus verschiedenen Milizen mit der ULIMO-J unter Roosevelt Johnson. Nachdem Taylor seine Rolle als „Innenminister“ dazu nutzte, seinen Kontrahenten Johnson unter Mordanklage zu stellen und erfolglos versuchte, ihn verhaften zu lassen, (*Zint* 1998: 15) eskalierten die kriegerischen Auseinandersetzungen, die zunächst keine militärische Lösung brachten und Monrovia fürchterlich verwüsteten. Schließlich konnte die ECOMOG einen vorläufigen Waffenstillstand herbeiführen. Es wurde ein neuer Versuch unternommen, der Staatsratslösung zu einem Erfolg zu verhelfen. (*Korte* 1997: 62 f.) Die neue Übergangsregierung wurde Anfang September 1996 eingesetzt mit den gleichen Mitgliedern wie ihre Vorgängerin, mit Ausnahme des Vorsitzenden Sankawulo, der durch Ruth Sando Perry ersetzt wurde. Ein neuer Waffenstillstand wurde ausgehandelt, der empfindliche Strafen vorsah für seine Verletzung, gleichwohl wurden im September 1996 noch vereinzelte Kämpfe im Nordwesten und Südosten von Liberia ausgemacht. (*Woods*)

Unter Aufsicht der UN-Beobachtermission und unter dem Schutz einer durch Soldaten aus Benin, Burkina Faso, Ghana, Mali, dem Niger und einer Sanitärabteilung aus Côte d'Ivoire verstärkten ECOMOG-Truppe (*Jane's Defence Weekly*, 5. März 1997, S.15, nach: *Findlay* 1998: 62) gelang es tatsächlich, am 19. Juli 1997 Wahlen durchzuführen, die unter den Voraussetzungen einer totalen Verwüstung weiter Teile des Landes durch den Bürgerkrieg und kaum vorhandener staatlicher Strukturen stattfanden. Hunderttausende noch nicht zurückgekehrte Flüchtlinge konnten nicht an den Wahlen teilnehmen. Trotz dieser Bedingungen und entgegen den ernststen Anschuldi-

gungen im Wahlkampf Unterlegener³ nannten internationale Beobachter, unter ihnen der frühere US-Präsident Jimmy Carter, die Wahlen frei und fair. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 % konnte sich Charles Taylor gegen 11 andere Präsidentschaftskandidaten mit 75 % der Stimmen durchsetzen.⁴ Der Grund für den überraschend hohen Wahlsieg von Taylor wird in seinen überlegenen Möglichkeiten gesehen, Wahlwerbung zu betreiben: er war der bekannteste der zur Auswahl stehenden Bewerber, hatte die besten Möglichkeiten, sich frei im Land zu bewegen, war finanziell in einer besseren Lage als seine Konkurrenten und kontrollierte das Radioangebot Liberias. Nicht zuletzt befürchteten viele Wähler, daß er wieder zu den Waffen greifen würde im Falle der Wahlniederlage. Unter diesen Vorzeichen kommentierte das *African Faith and Justice Network* aus Washington den Wahlausgang als Pyrrhussieg: viele Liberianer hätten die Auswahl gesehen zwischen einer Wiederaufnahme der Kämpfe und der Wahl Taylors. „It was a case of ‘your vote or your life’“.⁵

5. Bewertung des ECOMOG-Einsatzes

ECOMOG konnte letztlich die Bürgerkriegsparteien zu Verhandlungen und einem Friedensschluß bringen und vor allem ihre Unterstützung der humanitären Hilfen für die betroffene Zivilbevölkerung, die ohne den Schutz der ECOMOG oft unmöglich gewesen wären, verdient Anerkennung.

In der Trennung der Kriegsparteien ist ihre Rolle jedoch kritischer zu betrachten. Im großen und ganzen konnte die ECOMOG zwar die Bürgerkriegsparteien auseinanderhalten, aber die Spekulation über das, was ohne ihr Eingreifen geschehen wäre, muß an dieser Stelle erlaubt sein. Die *Weltbank* weist darauf hin, daß von den Warlords aus ökonomischen Gründen ein „Kein-Krieg-Kein-Frieden-Gleichgewicht“ angestrebt wurde, bei dem sie ihre Einflußsphären kontrollierten, aber ihre Einnahmen nicht durch Kampfhandlungen minderten. (1997: 188)

³ *Fahnbulleh* in http://www.africanews.org/west/liberia/stories/19981006_feat4.html

⁴ All Africa Press Service: Taylor To Include Rivals In Liberian Government (28. Juli 1997), <http://www.africanews.org/specials/aps0797.html>

⁵ African Faith and Justice Network: „The End Justifies the Means“ (4. August 1997), <http://www.africanews.org/specials/afju0897.html>

Für die Bewertung von ECOMOG als Erfolg war die Dauer und Intensität des Bürgerkrieges zu groß. Besonders frustrierend ist die Tatsache, daß ohne den Einsatz der westafrikanischen Eingreiftruppen bereits 1990 derselbe Mann die Macht erlangt hätte, der sie heute innehat. Ob der Unterschied zwischen der illegalen Machtergreifung durch Taylors Überfall und der legalen Inthronisierung durch die Wahlen von 1997 groß genug ist, um eine siebenjährige Verlängerung des Krieges zu rechtfertigen, ist sehr fraglich und hängt wohl vom Standpunkt des Betrachters ab. Die überlebende liberianische Bevölkerung, deren Haltung ich in diesem Falle als ausschlaggebend einstuft, dürfte die Bemühungen der ECOMOG im besten Falle als tragisch ansehen.

Zur Rechtfertigung von ECOMOG muß man sich allerdings vor Augen halten, daß keine Verlängerung des Bürgerkrieges und auch nicht die „Rettung“ der Militärdiktatur Does, sondern eine möglichst rasche Befriedung und Einsetzung der Interimsregierung unter Sawyer das Ziel der ECOMOG unterstützenden Staaten war. Der tatsächliche Verlauf des Bürgerkrieges war nicht absehbar.

Bei der Frage der Bewertung des ECOMOG-Einsatzes müssen seine Alternativen bedacht werden.

(1) Ignorierung des Überfalls Taylors

Aus der Sicht von 1990 würde die Zurückhaltung der internationalen Staatengemeinschaft beim Versuch der Machtergreifung des Rebellenführers Taylor, aus dem absehbar „kaum mehr als ein zweiter Doe geworden wäre“, wie *van den Boom* 1996 (110) schreibt, kaum richtiger erscheinen als ihr Eingreifen. (so auch *Korte* 1997: 68) Erstens müssen die humanitären Begründungen für ECOMOG durchaus ernst genommen werden. Zur Beendigung einer Bürgerkriegssituation kann die einen Waffenstillstand erreichende Intervention von Truppen der internationalen Staatengemeinschaft durchaus gerechtfertigt werden. (vgl. *Senghaas* 1997: 367) Zweitens mußten die Regierungen Westafrikas fürchten, daß der Konflikt in Liberia auf ihre Staaten übergreift. Gerade im Fall des militärisch sehr schwachen und gesellschaftlich instabilen Sierra Leone haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet. Im Zusammenhang mit dem Kriegseintritt Namibias auf Seiten von Laurent Kabila in der DR Kongo hat Namibias Präsident *Sam Nujoma* sehr klar den Gedanken der gegenseitigen Hilfe im Krisenfall ausgesprochen: „Today it is the Congo, tomorrow it may very well be Nami-

bia. When that unthinkable should happen, we would be able to expect help from our fellow Africans... By helping our Congolese brothers and sisters today, we are guaranteeing our own survival, security and prosperity.“ (nach *The Namibian* vom 19.9.1998) Gegenseitiger Beistand soll regionale Stabilität sichern und potentielle Versuche der gewaltsamen Machtübernahme entmutigen - der Erfolg dieser Strategie ist freilich äußerst zweifelhaft, im Falle der Krise in der DR Kongo führte sie gerade zum gegenteiligen Ergebnis. Doch die Befürchtungen, einem Flächenbrand ausgeliefert zu sein, lassen die Nichteinmischung im Fall des Bürgerkriegs von Liberia nicht als richtig erscheinen.

(2) entschiedeneres militärisches Vorgehen

Eine andere Option könnte in einem entschiedeneren militärischen Vorgehen seitens der Eingreiftruppe liegen, um schneller zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen zu kommen. Im Fall von Liberia, wo sich der Konflikt schon früh auf sehr weite Landesteile ausdehnte, erscheint diese Möglichkeit nicht sinnvoll. Selbst wenn die Staaten Westafrikas die Möglichkeit zu einem so intensiven Eingreifen gehabt hätten, in dem sie quasi ganz Liberia hätten besetzen müssen, wären die mit einem solchen Vorgehen verbundenen Gefahren viel zu groß gewesen. Immerhin besaß Taylor in den ersten Kriegsmonaten das Vertrauen von weiten Teilen der Bevölkerung, die durch die Präsenz ausländischer Truppen vermutlich leicht zu radikalieren und für einen „Befreiungskampf“ zu gewinnen gewesen wären. Eine Eskalation des Konfliktes hätte auf diesem Weg kaum vermieden werden können.

Trotzdem erwiesen sich die mangelhafte Ausstattung der ECOMOG-Truppen und die schlechte Bezahlung ihrer Soldaten als Hindernisse, mit denen ECOMOG in den sieben Jahren ihres Einsatzes zu kämpfen hatte. Weil sie unterbezahlt waren und darüber hinaus nur unregelmäßig ausgezahlt wurden, beteiligten sie sich an der Kriegsökonomie und verkauften industrielle Anlagen „zum Teil zum Schrottpreis“ (*Schlichte* 1996b: 146) ins Ausland und waren in Drogengeschäfte und Plünderungen verwickelt (*Sesay* 1998: 62). Nach Etablierung von diversen Bürgerkriegsparteien und einer Kriegsdauer von mehreren Jahren wäre ein erfolgreicherer Arbeiten der Eingreiftruppe mit besseren materiellen und finanziellen Mitteln möglich gewesen.

(3) andere Akteure

Als Alternativen zur Aktivität der Nachbarstaaten, besonders Nigerias, kommt vor allem das Tätigwerden von OAU oder UN in Frage. Auf die von verschiedenen Seiten angezweifelte juristische Legitimität des Einsatzes der westafrikanischen Eingreiftruppe soll in diesem Rahmen nicht vertieft eingegangen werden (zu dieser Frage vgl. *Mortimer 1996; Vogt 1996*), ECOMOG hat jedenfalls im Nachhinein das Mandat beider Organisationen erhalten. Der OAU fehlt es bislang an Autorität und Stabilität, um selbständig als Vermittler und Akteur auftreten zu können, versucht aber, in diesem Bereich aktiver zu werden. (*Rothchild 1996: 232 ff.*) Auch die UN sind in einer ähnlichen Situation. Ihre Stärkung ist im Sinne der Kant'schen Idee des „ewigen Friedens“ wünschenswert und heute vielleicht schon in weniger weiter Ferne als zu Kants Zeiten, aber noch lange nicht in genügendem Maße verwirklicht. Die Richtlinien der UN stellen jedoch, neben ihrem eigenen Engagement in Krisen, einen wichtigen Maßstab dar, an dem sich regionale Krisenlösungsaktivitäten orientieren sollten.

Insgesamt scheint es keine erfolversprechende Alternative zum Einsatz der ECOMOG-Truppen in Liberia gegeben zu haben. Trotz einzelner Verbesserungsmöglichkeiten - breitere Basis, bessere Ausstattung und Überwachung der Soldaten - ist das ECOMOG-Modell richtungweisend für die nähere Zukunft, in der regionale Krisenlösung weiterentwickelt werden wird. Regionale Krisenlösung ist einerseits Ausdruck und Ergebnis einer immer größeren Bedeutung regionaler Kooperation, andererseits ist umgekehrt eine immer intensivere regionale Integration bestes Instrument für die Überwindung und vor allem Vermeidung von krisenhaften Konflikten. Während eine weltweite Verflechtung mit dem Ziel einer gemeinsamen internationalen Politik aufgrund der großen Unterschiede zwischen den Akteuren mit zur Zeit zu großen Schwierigkeiten behaftet ist (*Akinrinade 1998: 192*), bietet die regionale Option realistische Möglichkeiten der gleichberechtigten Kooperation, die für alle Beteiligten sowohl wirtschaftliche als auch sicherheitspolitische Vorteile hat. Integration wird hier verstanden als Prozeß, in dem durch den Aufbau formeller und informeller Netzwerke Kommunikationsstrukturen verdichtet, gemeinsame Aufgaben gelöst und so gegenseitiges Vertrauen und wechselseitige Abhängigkeiten geschaffen werden. Abhängig-

keiten sind hier nicht als Nachteil aufzufassen, sondern bieten unter dem Aspekt der Interdependenz die Möglichkeit der Überwindung des Sicherheitsdilemmas.

(*Lauth/Zimmerling* 1996: 159 f.) Die Erwartungen an die wirtschaftlichen Vorteile der engeren regionalen Kooperation sollten in (West-)Afrika allerdings nicht zu hoch gesteckt werden: Die Abhängigkeit der afrikanischen Staaten vom Weltmarkt ist dafür zu hoch, ihr Handel untereinander hat zu geringe Dimensionen.

Auch die eigentliche Ursache der Krisenentstehung kann durch eine regionale Integration nicht gelöst werden, im Mittelpunkt jeder zukunftsorientierten afrikanischen Politik sollten deshalb erstens die Wohlfahrt (wirtschaftliche Entwicklung bei gerechter Verteilung) und zweitens die Herausbildung stabiler gesellschaftlicher Strukturen stehen (s.o. 3.4). Krisenprävention kann nicht durch Krisenmanagement ersetzt werden.

Für die Glaubwürdigkeit der ECOMOG-Truppen und ihre Arbeit war die Hegemonie Nigerias hinderlich (*Mortimer* 1996: 152 f.), eine breitere Basis wäre bereits zu Anfang des ECOMOG-Einsatzes wünschenswert gewesen. Besonders die unterschiedlichen Positionen der anglophonen und frankophonen Staaten in ECOWAS beinhalteten die große Gefahr der Eskalation. 1990 war durchaus denkbar, daß die frankophonen mit Taylor sympathisierenden Staaten auf seiner Seite offen in den Krieg eingreifen könnten, was zu einer ähnlichen Situation geführt hätte, wie wir sie heute in der DR Kongo sehen müssen. Daß es den Staaten von ECOWAS gelang, diese Eskalation zu vermeiden und statt dessen im großen und ganzen den westafrikanischen Einigungsprozeß nicht zu zerstören, besonders indem Mitte 1991 der Senegal für die Unterstützung von ECOMOG gewonnen werden konnte, ist als großes Verdienst anzusehen. Die Bemühungen, zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur zu gelangen, kann die westafrikanische Integration fördern und zur Entwicklung von regionalen Krisenlösungsstrategien beitragen.

Der ECOMOG-Einsatz weist in die Richtung, die afrikanische Sicherheitspolitik einschlagen wird. (z.B. *Sesay* 1998: 65) Afrika wird zunehmend versuchen, afrikanische Probleme selbst zu lösen, ECOMOG könnte sich dabei zu einer regionalen Eingreif-

truppe entwickeln mit Nigeria als treibender Kraft. Zu diesem Zweck begannen die USA nach dem Tod des nigerianischen Militärdiktators Sani Abacha im Juni 1998 mit der militärischen Kooperation mit Nigeria. (SZ 30.9.1998: S. 11)

Für die Zukunft kann die ECOMOG-Intervention in Liberia wichtige Hinweise geben auf Möglichkeiten und Gefahren eines solchen Einsatzes. Tatsächlich hat sie schon eine Fortsetzung gefunden: Nachdem der Bürgerkrieg auf Sierra Leone übergesprungen war und ECOMOG ohnehin im Lande war (Sierra Leone war Transitstation für den liberianischen ECOMOG-Nachschub), erteilten ihr ECOWAS und die OAU ein Mandat, Frieden im Land wiederherzustellen. (Findlay 1998: 63) Dieser Versuch, durch eine regionale Eingreiftruppe einen Waffenstillstand und Frieden herbeizuführen, erweist sich ähnlich schwierig wie in Liberia und hat bislang nicht zum Erfolg führen können. (z.B. SZ 4.1.1999: S. 8; SZ 9./10.1.1999: S. 9)

Dagegen haben Konfliktlösungsbemühungen von ECOWAS Erfolg gehabt im Fall des Bürgerkrieges in Guinea-Bissau: Nachdem dort der größte Teil der regulären Armee gegen die Regierung kämpfte, die von loyalen Armeeteilen, vom Senegal und von Guinea unterstützt wurde, haben sich die Konfliktparteien fünf Monate nach Ausbruch der Kämpfe in Verhandlungen unter nigerianischer und gambischer Vermittlung auf einen Friedensplan einigen können. Dieser sieht die Überwachung des Waffenstillstands und der Vorbereitung von Wahlen im Frühjahr 1999 durch ECOMOG-Truppen vor. (SZ 3.11.1998; FAZ 3.11.1998: S. 9)

Der wesentliche Unterschied zwischen den erfolgreichen Vermittlungsbemühungen in Guinea-Bissau und den lange Zeit erfolglosen in Liberia liegt in der unterschiedlichen Rolle von ECOWAS in beiden Kriegen. Da die Konfliktparteien in Guinea-Bissau nicht auf eine militärische Konfliktlösung vertrauen konnten und nicht an einer Fortführung des Bürgerkrieges interessiert waren, beteiligten sie sich konstruktiv an den Friedensgesprächen und stimmten der Entsendung der Friedenstruppe zu. Dagegen konnte Charles Taylor 1990 noch auf einen militärischen Sieg hoffen (Mortimer 1996: 152) und versuchte dementsprechend, die Landung der ECOMOG-Truppen in Monrovia zu verhindern (Vogt 1996: 166). Im folgenden erwiesen sich Verhandlungen als wenig erfolgreich, weil die Bürgerkriegsparteien aufgrund ihrer Gewinne durch die Bürgerkriegsökonomie kein Interesse an einer Beilegung des Konflikts hatten (Welt-

bank 1997: 188) und die Situation durch die rasche Bildung neuer Kriegsparteien immer komplizierter wurde.

6. Ausblick

Heute stellt sich die Situation in Liberia relativ stabil dar. In der Presse wird von Unruhen, Schießereien in Monrovia, Übergriffen der Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung und Eingriffen in die Pressefreiheit berichtet,⁶ aber von einem erneutem Aufblühen des Bürgerkriegs blieb Liberia bislang verschont. Präsident Charles Taylor wird international anerkannt und wirbt vor allem in Frankreich und in den USA um Hilfe und Investitionen. Für die Franzosen könnten sich damit die Geschäftsbeziehungen, die während des Krieges mit dem Warlord geknüpft wurden, auszahlen, wenn es französischen Firmen und ihrer Regierung gelingt, ähnlichen Einfluß auf die wieder aufzubauende Ökonomie des westafrikanischen Staates zu erlangen, wie sie ihn teilweise noch in den frankophonen Staaten der Region besitzen. (für Côte d'Ivoire siehe *Arndt* 1997)

Für die internationale Gemeinschaft und besonders für die Menschen in Liberia beginnt die harte Zeit des Wiederaufbaus. Landwirtschaftliche Produktion, staatliche Institutionen, soziale Dienste usw. müssen komplett neu aufgebaut werden, eine ganze traumatisierte Generation muß sich wieder aussöhnen und in die Gesellschaft integrieren.

Der Wahlsieg des Warlord Charles Taylor, den *Findlay* (1998: 62) als unheilverkündend („boded ill“) für die Zukunft der liberianischen Demokratie ansieht, ist einerseits als Scheitern der Bemühungen anzusehen, den zivilen Kräften in Liberia das Kommando zu geben. Taylor schränkt die Rechte seiner Bürger stark ein, besonders die Bewegungsfreiheit und die Presse- und Meinungsfreiheit (*Kunath* 1998). Die ökonomische Situation in Liberia ist Presseberichten zufolge für Wirtschaft und Staatshaushalt sehr schlecht, Monrovia wird heute, nach über einem Jahr von Taylors Regierungszeit, nur zu 20 % mit Strom und fließendem Wasser versorgt, die Versorgungs-

situation für die Bevölkerung ist besorgniserregend bei gleichzeitig zur Schau gestelltem Reichtum und Luxus von Regierungsbeamten.⁷ Andererseits kann Taylor die Versuche ehemaliger Warlords wie Roosevelt Johnson, die Kämpfe wieder aufzunehmen und die Macht zu ergreifen, wirksam abwehren (SZ 26./27.9.1998: S.6) und ist vorerst die vielleicht einzige Garantie für einen relativen Frieden in Liberia.

Aufgabe der internationalen Entwicklungshilfe muß, neben dem Wiederaufbau der zivilen Ökonomie, die Stärkung der demokratischen Kräfte in Liberia sein. Ein Sinneswandel des ehemaligen Warlord Taylor und seine Bekehrung zu einem verlässlichen Wahrer der Menschenrechte kann kaum erhofft werden, regionale und internationale Politik muß daher stark mit Instrumenten der Kontrolle und Sanktion arbeiten, um eine langfristige positive Entwicklung des Landes zu ermöglichen.

⁶ z.B. *Star Radio* (Monrovia) in http://www.africanews.org/west/liberia/stories/19981006_feat5.html und *The Perspective* (Smyrna/GA) in edb./19990105_feat1.html

⁷ *Star Radio* (Fn. 6)

Literaturverzeichnis

- Akinrinade, Sola, 1998: Africa and the United Nations, S. 172 - 194 in: Sola Akinrinade / Amadu Sesay (Hrsg.): Africa in the Post-Cold War International System, London
- Aning, Emmanuel Kwesi, 1997: The International Dimensions of Internal Conflict: The case of Liberia and West Africa, CDR Working Paper 97.4 (Juni 1997), Kopenhagen
- Arndt, Heinz-Peter, 1997: Frankreich denkt und lenkt, S. 36 in: DIE ZEIT, 29.8.1997
- Bach, Daniel, 1997: Frontiers Versus Boundary-Lines: Changing Patterns of State-Society Interactions in Sub-Saharan Africa, S. 97 - 111 in: WeltTrends e.V. / Instytut Zachodni Poznan (Hrsg.): WeltTrends Nr. 14. Afrika. Staatsversagen und politische Organisation jenseits des Staates, o.O. (Potsdam)
- Bergstresser, Heinrich, 1993: Nigeria, S. 344 - 363 in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt, Band 4: Westafrika und Zentralafrika, 3. Aufl., Bonn
- Betz, Joachim, 1997: Ressourcentransfer und externe Verschuldung, S. 206 - 223 in: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München
- Boom, Dirk van den, 1996: Wandel durch Gewalt: Der Bürgerkrieg in Liberia, S. 100 - 116 in: Paul Kevenhörster / Dirk van den Boom (Hrsg.): Afrika: Stagnation oder Neubeginn? Studien zum politischen Wandel, Münster

- Findlay, Trevor, 1998: Armed conflict prevention, management and resolution, S. 31 - 90 in: SIPRI Yearbook 1998. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford u.a.O.
- Gieler, Wolfgang, 1992: Recht und Entwicklung in Afrika. Zur Bedeutung des Rechts, seine Institutionalisierung und seine Durchsetzung im Entwicklungsprozeß, Münster
- Halliday, Fred, 1988: Die Reagan-Doktrin und die Dritte Welt, S. 20 - 40 in: Militärpolitik Dokumentation (Hrsg.): Kontrollierte Intervention. Destabilisierung, unerklärte Kriege und Militäraktionen gegen die Dritte Welt, Frankfurt/Main
- Jacobeit, Cord, 1993: Elfenbeinküste, S. 192 - 211 in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt, Band 4: Westafrika und Zentralafrika, 3. Aufl., Bonn
- Kappel, Robert / Korte, Werner, 1993: Liberia, S. 278 - 297 in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt, Band 4: Westafrika und Zentralafrika, 3. Aufl., Bonn
- Korte, Werner, 1997: Prozesse des Staatszerfalls in Liberia, S. 55 - 80 in: WeltTrends e.V. / Instytut Zachodni Poznan (Hrsg.): WeltTrends Nr. 14. Afrika. Staatsversagen und politische Organisation jenseits des Staates, o.O. (Potsdam)
- Kramer, Reed, 1995: Liberia: A Casualty of the Cold War's End, in: CSIS Africa Notes (July 1995), sowie unter <http://www.africapolicy.org/docs97/usaf/liberia.html>
- Kunath, Wolfgang, 1998: Charles Taylor dreht am Radioknopf, in: Frankfurter Rundschau, 19.1.1998
- Lauth, Hans-Joachim / Zimmerling, Ruth, 1996: Internationale Beziehungen, S. 136 - 170 in: Manfred Mols / Hans-Joachim Lauth / Christian Wagner (Hrsg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, 2. Aufl., Paderborn u.a.O.

- Mortimer, Robert A., 1996: ECOMOG, Liberia, and Regional Security in West Africa, S. 149 - 164 in: Edmond J. Keller / Donald Rothchild (Hrsg.): Africa in the New International Order. Rethinking State Sovereignty and Regional Security, Boulder, London
- Mutter, Theo, 1993: Rohstoffreichtum - Entwicklungsbasis oder Sackgasse?, S. 118 - 138 in: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer, München
- Nuscheler, Franz, 1995: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. Aufl., Bonn
- Nyanseor, Siahymkron, 1998: The Trap Of Ethnicity - Grand Gedeh And Nimba Counties, The Perspective vom 28.12.1998, http://www.africanews.org/west/liberia/stories/19981228_feat5.html
- Olonisakin, 'Funmi, 1998: Changing perspectives on human rights in Africa, S. 95 - 109 in: Sola Akinrinade / Amadu Sesay (Hrsg.): Africa in the Post-Cold War International System, London
- Petersen, Hans J., 1993: Verschuldung, S. 194 - 210 in: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer, München
- Reno, William, 1997: Welthandel, *Warlords* und die Wiedererfindung des afrikanischen Staates, S. 8 - 29 in: WeltTrends e.V. / Instytut Zachodni Poznan (Hrsg.): WeltTrends Nr. 14. Afrika. Staatsversagen und politische Organisation jenseits des Staates, o.O. (Potsdam)
- Rothchild, Donald, 1996: Conclusion: Responding to Africa's Post-Cold War Conflicts, S. 227 - 242 in: Edmond J. Keller / Donald Rothchild (Hrsg.): Africa in the New International Order. Rethinking State Sovereignty and Regional Security, Boulder, London

- RZ, 1993: Krise - Krieg - Friedensbewegung (1983), S. 467 - 501 in: ID-Archiv im IISG (Hrsg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Band 2, Berlin
- Schirm, Stefan A., 1997: Entwicklung durch Freihandel? Zur politischen Ökonomie regionaler Integration, S. 240 - 258 in: Peter J. Opitz (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München
- Schlichte, Klaus, 1996a: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster
- Schlichte, Klaus, 1996b: Das Chaos der Gewalt und die Regeln des Marktes: Zur Behinderung von Friedensprozessen durch Kriegsökonomien, S. 140 - 148 in: Hanne-Margret Birckenbach / Uli Jäger/ Christian Wellmann (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1997. Konflikte - Abrüstung - Friedensarbeit, München
- Scholz, Ulrich, 1998: Die feuchten Tropen, Braunschweig
- Senghaas, Dieter, 1989: Einleitung: Regionalkonflikte in der internationalen Politik, S. 11 - 28 in: ders. (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Fremdbestimmung, Baden-Baden
- Senghaas, Dieter, 1997: Weltinnenpolitik - Ansätze für ein Konzept, S. 358 - 369 in: Ursula Lehmkuhl: Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte, 2. Aufl., München, Wien
- Sesay, Amadu, 1998: Regional and sub-regional conflict management efforts, S. 43 - 72 in: Sola Akinrinade / Amadu Sesay (Hrsg.): Africa in the Post-Cold War International System, London
- Siebold, Thomas, 1993: Ghana, S. 227 - 242 in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt, Band 4: Westafrika und Zentralafrika, 3. Aufl., Bonn

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1989: Länderbericht Liberia, Wiesbaden

Tetzlaff, Rainer, 1998: Afrika zwischen Demokratisierung und Staatszerfall, S. 3 - 15 in:
Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/98 (15. Mai 1998), Beilage zur Wochen-
zeitung Das Parlament

Thomas, Scott, 1998: Africa and the end of the Cold War: an overview of impacts, S. 3 -
27 in: Sola Akinrinade / Amadu Sesay (Hrsg.): Africa in the Post-Cold War
International System, London

Vogt, Margaret Aderinsola, 1996: The Involvement of ECOWAS in Liberia's Peace-
keeping, S. 165 - 183 in: Edmond J. Keller / Donald Rothchild (Hrsg.):
Africa in the New International Order. Rethinking State Sovereignty and
Regional Security, Boulder, London

Weltbank, 1997: Weltentwicklungsbericht. Der Staat in einer sich ändernden Welt, Bonn

Woods, Samuel Kofi, 1996: Briefing Paper on Liberia (11. September 1996),
<http://h-net2.msu.edu/~africa/sources/liberia.html>

World Bank, 1991: World Debt Tables 1991-92 (2 Vol.), Washington

Zint, Martin, 1998: Friedensstifter im Kreuzfeuer, S. 14 - 16 in: Herbert Meißner (Hrsg):
Eine Welt, Nr. 2, April 1998, Hamburg